Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1920

79 (23.3.1920) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis:
in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 2.40 Mk., vierteljährlich 7.20 Mk., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 2.30 Mk.
Auswärts am Postschalter abgeholt monatlich 2.30 Mk., vierteljährl. 6.90 Mk., durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 2.65 M., vierteljährl. 7.95 M.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide"

Badische Morgenpost

Anzeigen:
die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 90 Pfg., Reklamezeile 3.— Mk., an erster Stelle 3.50 Mk. Rabatt nach Tarif.
Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachmittags.

Fernsprechanschlüsse:
Geschäftsstelle Nr. 203.
Verlag Nr. 297.
Schriftleitung Nr. 20 u. 948

Verantwortlich für Politik: Martin Holzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Carl Hesse mer und Hermann Weick; für Inserate: Paul Kutzmann Druck und Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Teleph.-Amt Uhland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 79. **Dienstag, den 23. März 1920** Erstes Blatt.

Gleiche Rechte?

Von **C. Delius**-Halle (Saale),
Mitglied der Deutschen Nationalversammlung.

Ein jahrzehntelanger Kampf um Gleichberechtigung der Frauen in rechtlicher und politischer Beziehung ist von den hervorragendsten Angehörigen des weiblichen Geschlechts aller Länder geführt worden. In Deutschland beschränkte sich die Bewegung nur auf verhältnismäßig kleine Kreise. Die große Zahl der verheirateten Frauen stand ihr geradezu ablehnend gegenüber. Die Revolution brachte die Wendung. Ohne Widerspruch wurde den Frauen die volle politische Gleichberechtigung zugestanden. Die Frauenbewegung war auf der ganzen Linie siegreich gewesen. Jetzt gibt es wohl keinen ernsthaften Politiker, der es unternehmen möchte, den Einfluß der Frauen zurückzudämmen. Die fanatischen Gegner des Frauenwahlrechts haben längst ihren Widerstand aufgegeben. Es wäre aber im höchsten Grade ungerecht, bei den Frauen, die eben erst in das öffentliche Leben eingetreten sind, denselben Maßstab an die Leistungen anzulegen wie bei den Männern. Deshalb sind die vorzeitigen Urteile unangebracht. Erst nach einem Jahrzehnt wird man Vergleiche ziehen können. Mit der politischen Gleichberechtigung allein ist den Frauen nicht gedient. Es müssen daneben vor allem in rechtlicher Beziehung die nötigen Schlüsse gezogen werden. Das kann natürlich nicht von heute auf morgen vollkommen geschehen, immerhin muß es mit größter Beschleunigung erfolgen. Die neue Reichsverfassung bietet hier in ihrem § 128 die rechtliche Grundlage. Hier wird die Gleichberechtigung beider Geschlechter ausdrücklich festgelegt. Man sollte meinen, daß es da nichts zu deuteln gibt, und doch tun es amtliche Stellen, sogar Zentralbehörden, die sich noch nicht an die neue Zeit gewöhnen wollen. Wiederholt sind in Preußen weibliche Beamte und Lehrerinnen, die sich in letzter Zeit verheiratet haben, nach dem alten Schema F von ihren vorgesetzten Behörden aufgefordert worden, aus dem Dienste auszuscheiden. Nach dem Wortlaute der Verfassung unterliegt es keinem Zweifel, daß eine solche Verfügung völlig ungesetzlich ist. Bei Beratung des Postetats in der Nationalversammlung habe ich als Berichterstatter aus Anlaß mehrerer solcher Fälle unter Zustimmung aller Mitglieder des Haushaltungsausschusses das besonders unterstrichen. Minister Giesberts stellte damals eine einheitliche Anweisung des Ministeriums in Aussicht. Das scheint bisher nicht geschehen zu sein, denn inzwischen kümmern sich einzelne Provinzialbehörden absolut nicht um die Reichsverfassung. Man kann im Zweifel sein, ob es ein wünschenswerter Zustand ist, verheiratete Frauen in allen Fällen in beamteter Stellung zu belassen. Ohne Zweifel sind damit manche Nachteile für den Dienst und nicht wegzuleugnende Gefahren für Ehe und Familie verknüpft. Das steht aber hier nicht zur Entscheidung. Nachdem die Beschränkungen für die Frauen aufgehoben sind, gibt es eben noch eine strikte Innehaltung. Zudem werden auch in Zukunft verheiratete Beamtinnen nicht so zahlreich sein, daß sie eine wirkliche Gefährdung des Dienstes bedeuten könnten. Klärung durch sofortige Anweisungen an die untergeordneten Behörden ist dringend nötig. Inzwischen erscheint, als dieser Artikel geschrieben wird, die Verfügung des preußischen Ministers Hänisch, die für die Lehrerinnen in Preußen das Zölibat aufhebt. Jetzt sollten auch die anderen Verwaltungen denselben Schritt unternehmen.

Hinsichtlich der Bewertung der Arbeitsleistung der Frauen, namentlich in öffentlichen Betrieben, scheint der Staat noch nicht den richtigen Maßstab gefunden zu haben. Wenn auch Vergleiche zwischen Staats- und Privatbetrieb zu ziehen immer schwer ist, so hinkt der Arbeitgeber Staat in der Bewertung der Frauenarbeit erheblich nach. Das zeigt sich jetzt bei der neuen Beamtenbesoldungsvorlage. Hier wird die Arbeit der Beamtinnen sogar niedriger eingeschätzt als bisher. Zählten die Beamtinnen der Postverwaltung bisher zu den mittleren Beamten, so sind sie jetzt in eine Besoldungsklasse der unteren Beamten eingereiht worden. Solange bei der Beamtenbesoldung entsprechend den Forderungen der Beamtenverbände nur das Leistungsprinzip die Grundlage für die Bemessung des Gehalts abgibt, müssen Unterschiede in der Bewertung der Arbeit der Männer und Frauen verschwinden. Unter Einhaltung der Grundbedingung, gleiche Vorbildung, gleiche Dienststundenzahl, völlig gleiches Arbeitspensum, muß auch die Festsetzung des Grundgehaltes die gleiche sein. Daran haben sich auch die männlichen Beamten, so schwer es auch manchmal fallen mag, zu gewöhnen. Deshalb ist es durchaus ungerecht, wenn die Beamtinnen der Post- und Eisenbahnverwaltung ohne Unterschied in die Besoldungsklasse 3 eingereiht werden sollen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß von der weitaus größten Zahl der weiblichen Beamten höher zu bewertende Arbeit geleistet wird. Hier muß eine andere Einrichtung erfolgen. Für viele süddeutsche Beamtinnen würde eine besonders erhebliche Herabsetzung mit der geplanten Einteilung verbunden sein. Die Damen, die jetzt schon die Amtsbezeichnung Assistentinnen führen und demgemäß auch die entsprechenden Arbeiten verrichten, sollen mehrere Klassen niedriger eingeschätzt werden. Wenn die weiblichen Beamten sich gegen die unrichtige Einschätzung in großen Massenkundgebungen wenden, so müssen sie dabei unterstützt werden, was seitens der männlichen Beamten geschieht.

Etwas anderes ist es, ob nicht die verheirateten Beamten und besonders die kinderreichen Beamtenfamilien entsprechend dem erheblich schwerer für sie ins Gewicht fallenden Existenzkampf durch Familien- und Kinderzulagen oder durch eine Höherbemessung des Wohnungsgeldes ein größeres Gesamteinkommen zugebilligt erhalten. Aus sozialen, wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Gründen kann man sich solchen Forderungen gegenüber nicht ablehnend verhalten. Die Regierung will ja dem durch die besondere Gewährung von Kinderzulagen in etwas Rechnung tragen. Ob das namentlich in Anbetracht der geringfügigen Höhe der Zulagen genügen wird, soll hier nicht untersucht werden. Mir scheinen diese Maßnahmen recht unzureichend zu sein. Und wenn deshalb den beamteten Frauen in ihren berechtigten Forderungen Unterstützung zuteil werden soll, so dürfen dabei die kinderreichen Familien nicht vergessen werden.

Auch das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen", das für die große Zahl der Beamten zunächst noch auf dem Papiere steht, wird für die Frauen in noch stärkerem Maße nicht zur Anwendung gebracht. Kürzlich ist in der preußischen Landesversammlung von demokratischer Seite mit Recht gerügt worden, wie insbesondere den Frauen, die den Richterberuf oder die Rechtsanwaltspraxis ergreifen wollen, bei ihrer praktischen Ausbildung die größten Schwierigkeiten bereitet werden. Und dasselbe wiederholt sich vielerorts. Nachdem einmal die Unterschiede gefallen sind und den Frauen die Bahn freigemacht ist, sollte man sich nicht in kleinen Schikanen erschöpfen, sondern bestrebt sein, zum Wohle des Staates auch den hervorragenden, tüchtigen Elementen unter den Frauen bei ihrem Aufstieg behilflich zu sein.

Verschärfter Belagerungszustand in Berlin.

H. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die Lage muß dem Publikum, aber auch den eingeweihteren Kreisen, noch immer sehr unklar erscheinen. Die Hauptursache dafür ist natürlich das Ausbleiben der Zeitungen infolge des Druckerstreiks, der gestern mittag im wesentlichen beigelegt schien. Da die Forderungen der Hilfsarbeiter noch nicht angenommen waren, brachen aus Sympathie die Drucker die bereits begonnene Arbeit noch einmal ab, so daß erst heute der gewohnte Betrieb zu erwarten ist.

Sehr bedauerlich ist, daß die Vertreter der Regierung Pressevertretern gegenüber verschiedene Angaben, die sie gemacht hatten, widerrufen mußten. So hat sich zum Beispiel die Meldung über Verstümmelung von Offizieren und die 24 standrechtlichen Erschießungen von kommunistischen Arbeitern in Adlershof als nicht richtig herausgestellt. Allerdings sind in den Kämpfen zwischen den bewaffneten Arbeitern und der Reichswehr, die fälschlich für Lüttwitztruppen gehalten worden sein sollen, verschiedene Opfer auf beiden Seiten zu beklagen.

Große Aufregung der Bevölkerung verursachte gestern der öffentliche Anschlag des verschärften Belagerungszustandes. Er ist vom 19. datiert und war mit Rücksicht auf den offiziellen Abbruch des Generalstreiks zurückgehalten und widerrufen worden, ist aber jetzt angesichts der unabhängigen und kommunistischen Propaganda und Putsche doch in Kraft gesetzt worden. Als Reichswehrminister hat General Seeckt unterschrieben, und nun wird von sozialdemokratischer Seite noch einmal erklärt, daß Noske auf seinem Rücktritt unweigerlich beharre.

Ueber die Situation im Reiche ist nur schwer ein Bild zu gewinnen, zumal die Verhältnisse sich von Stunde zu Stunde ändern. Großen Eindruck macht es in Berlin in einsichtigen Kreisen, daß der gesamte Süden von der neuen wilden Krise verhältnismäßig unberührt geblieben ist. Man erkennt, daß eine alte demokratische Tradition der Gesinnung und der Praxis sich eben nicht so leicht improvisieren läßt. Es wäre nun dringend wünschenswert, daß von dem deutschen Süden aus die Bestrebungen zur Herstellung der Ordnung recht energisch betrieben würden.

Noskes Rücktrittsgesuch genehmigt.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 22. März. (Wolff.) Das Rücktrittsgesuch des Reichswehrministers Noske ist vom Reichspräsidenten Ebert genehmigt worden.

Kapp und Lüttwitz geflüchtet.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 22. März. Kapp und Lüttwitz sollen nach Danzig geflüchtet sein.

Disziplinarverfahren gegen höhere Beamte.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 22. März. (Wolff.) Die preußische Staatsregierung teilt mit: Gegen den Oberpräsidenten Winnig, den Reg.-Rat v. Braun, den Oberpräsidialrat v. Hassel und den Landeshauptmann v. Brünek von Königsberg, sowie gegen den Geh. Reg.-Rat im Ministerium des Innern Doye, ferner gegen den Regierungspräsidenten Pauli in Schleswig ist das Disziplinarverfahren unter sofortiger Enthebung von ihren Aemtern angeordnet worden.

Die Baltikumtruppen und der Berliner Putsch.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 22. März. (Wolff.) In einer Besprechung der Berliner Vorgänge stellt der Pariser „Temps" die Behauptung auf, der Staatsstreich sei nur durch die Baltikumtruppen möglich gewesen. Anstatt diese Truppen aufzulösen, seien sie in den verschiedensten Orten massiert worden.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die eigentlichen Baltikumtruppen an dem Putsch vom 13. ds. nicht beteiligt gewesen sind. Tatsache ist nur, daß in der an dem Kapp-Versuche beteiligten Marinebrigade Erhardt ganz vereinzelte kleine Verbände an Truppen vorhanden sind, die vor längerer Zeit im Baltikum gewesen sind. Mit den eigentlichen Baltikumtruppen hat die Brigade Erhardt nichts zu tun. Diese haben also bei dem Staatsstreich überhaupt keine Rolle gespielt.

Der Verkehr in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 22. März. Auch heute ruhte der gesamte Straßenbahnverkehr, und am Vormittag kam der Geschäftsverkehr nur ganz allmählich in Gang. Die Straßenbahner verlangen nach neueren Meldungen einen Tagelohn von 47 bis 48 Mark.

Kritische Ernährungslage.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 22. März. Die Ernährungslage von Berlin ist kritisch geworden. Wie mitgeteilt wurde, sind seit dem 13. März bis heute anstatt der vorgesehenen 90 000 Waggon Lebensmittel nur 40 000 eingetroffen.

Schwere Kämpfe zwischen Truppen und Arbeitern.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 22. März. (Wolff.) In Adlershof ist es am Samstag zu schweren Kämpfen zwischen Reichswehrtruppen und Aufrührern gekommen. Zwischen Adlershof und Altglienicke befindet sich ein Benzollager, das von einem Offizier und 25 Mann bewacht wurde. Am Samstag vormittag rückten Aufrührer, die aus Adlershof, Köpenick und Niederschöneweide gekommen waren, auf das Benzollager los und stellten der Besatzung ein Ultimatum, abzurücken. Der Offizier lehnte dies ab und betonte, daß er im Auftrag der alten Regierung auf seinem Posten ausharren würde. Gegen Mittag eröffneten die Aufrührer das Feuer auf die Besatzung, die sich tapfer wehrte. Schließlich, als die Besatzung auf 4 Mann und den Offizier zusammengeschmolzen war, mußte sie sich ergeben. Flieger, die diesen Zusammenstoß beobachtet hatten, riefen Militär herbei, das auf einem Panzerzug und 5 Automobilen schleunigst herbeikam. Die Aufrührer zogen sich nach Adlershof zurück, und nun kam es zu schweren Straßenkämpfen, die sich bis abens ausdehnten. Die Truppen zogen darauf nach Köpenick und zerstörten unterwegs die Barrikaden und stellten auch in Köpenick die Ruhe wieder her.

Berlin, 22. März. (Wolff.) (Eig. Drahtber.) Nördlich von Spandau kam es am Montag bei dem Orte Henningsdorf, wo die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft große Fabriken hat, zu einem schweren Kampf zwischen Reichswehrtruppen und Aufrührern. Es waren starke Banden aus der Gegend von Felten, ausgerüstet mit Maschinengewehren, gemeldet worden. Das Dorf Botzow hatten sie geplündert. Bei Henningsdorf stießen sie auf von Spandau herbeigerufene Kompagnien Reichswehr, die sich aber wegen der Uebermacht einstweilen zurückziehen mußten. Nach Eintreffen von Verstärkungen und nach Artillerievorbereitung wurde ein planmäßiger umfassender Angriff auf den Ort Henningsdorf unternommen. Es entwickelte sich dann ein heißer Kampf. Schließlich mußten die Aufrührer den Ort unter Zurücklassung von 14 Toten, zahlreichen Verwundeten und vielen Waffen räumen. Auf Seiten der Reichswehrtruppen gab es zwei Tote und 12 Verwundete. Die Verfolgung nach Felten zu schreitet fort. Die Brücken über die Havel nach Berlin sind von der Reichswehr besetzt.

Berlin, 22. März. (Wolff.) In Neukölln macht sich heute eine erneute, rege Werbetätigkeit zur Ausrufung der Räterepublik bemerkbar. An den Anschlagsäulen, die über und über mit roten Zetteln bedeckt sind, sowie an den Laternenpfählen und Häusern wird zur Bildung einer Roten Armee, für die eine Werbezentrale eingerichtet worden ist, aufgefordert. Andere Zettel fordern auf zum Anschluß an Sowjetrußland und zur Einführung der Räterepublik, wieder andere tragen die Aufschrift: „Nieder mit den Offizieren!" usw. Ferner wird in Anschlägen, die von der Kommunistischen Partei Deutschlands unterzeichnet sind, den Mitgliedern der U.S.P. unter dem Vorwurfe, sie schielten nach den Ministersesseln, Schlappheit vorgeworfen.

Plünderung des Mausoleums in Friedrichsruhe.

(Eigener Drahtbericht.)

Hamburg, 22. März. (Wolff.) In der Nacht zum Sonntag wurde das Mausoleum von Friedrichsruhe, die Grabstätte des Altreichskanzlers Fürst Bismarck, von zwei Einbrechern heimgesucht. Dabei wurden die Silberkränze, der Wandschmuck und deral. geraubt. Die Einbrecher, zwei etwa 25 Jahre alte Männer in Feldgrau, wurden in Buechen verhaftet.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Politik ohne Programm.

Von **W. Krautinger** in Bruchsal.

Ein häufig streng beachteter Grundsatz besserer Gesellschaftskreise, die Unterhaltung über Politik unbedingt auszuschließen, regt zu einer besonderen Betrachtung an.

Was mag nur die Ursache solcher meist gewissenhaft beobachteter Grundsätze sein? Man muß etwas von der Behandlung dieses Gebietes gefürchtet haben. Es mag wohl zur Zeit der Gründung, des Zusammenschlusses der betreffenden Gesellschaften kein Gebiet gewesen sein für Leute, denen eine gewisse Vornehmheit eigen, denen der Seelenfriede und die Ruhe des Gemütes wertvoll waren.

Vielleicht lag es an dem Gedanken „Politik verdirbt den Charakter" und das Gegenteil galt als eine, wenn auch unausgesprochene, Aufgabe dieser Gesellschaftskreise.

Schon recht. Gewiß der Betrieb der Tagespolitik, der spez. Wahl- oder Parteipolitik, selbst der Wirtschaftspolitik, kann wirklich zum Uebel führen, kann Menschen, die sich auf allen rein idealen Gebieten seelenverwandt und verbunden fühlen, auseinander reißen.

Ja der Betrieb dieser Art von Politik erfordert auch noch Opfer, Opfer eigener Einsicht, weil selten einem Einsichtigen eine Partei, wenigstens bezüglich des Programms, restlos zusagt.

Man steht vor der Frage, ob man einer Partei, die doch nicht in allen Punkten den eigenen Anschauungen vom Zweckmäßigen, Nützlichen, Vernünftigen entspricht, sich zurechnen soll.

Bei den Wahlen ist man, wenn man als Staatsbürger seine Schuldigkeit tun will, gezwungen, sich zu entschließen, für eine Partei zu stimmen. Sonderbar! Zu derselben Partei sich zu bekennen, davor scheuen, so gar viele zurück. Durch offene Mitgliedschaft ihre Zugehörigkeit zu bezeugen, nein, das geht wegen einiger vielleicht geringer Schönheitsfehler im Programm schon nicht. Nein, dieses Opfer eigener, besserer Einsicht zu bringen, geht nicht.

Jeder weiß allerdings aus der Schule von dem Parallelogramm der Kräfte, daß seine Kraft allein an der Richtung der Gesamtkraft des politischen Betriebes nichts ändern würde.

Er bedenkt dabei verschiedenes nicht:

1. Er ist nicht der Einzige.
2. Die große Zahl der ihm ähnlich Denkenden und Handelnden ist auch keine Schar minderwertiger Bürger. Es sind so kluge verständige Menschen mit großen Kenntnissen darunter, deren Gedanken zu hören ein Genuß ist, wennschon auch sie wieder unter sich an einzelnen Punkten zusammenstoßen und dann wieder verstimmt sind.

Das würde gar keiner von ihnen sich bestreiten lassen, daß er nicht der denkbar beste Vaterlandsfreund wäre. Darin sind sie sich gleich.

Nicht einig sind sie in der Beurteilung der zusammengeschlossenen, offen zu einer Partei, zu einem Programm sich bekennenden Mitbürger. Je nach der Schattierung lassen sie die Vaterlandstreue der Mitglieder der Partei noch gelten, deren Wahlzettel sie gelegentlich einmal in eine Urne gelegt haben.

Warum nur bleiben diese meist guten und edeldenkenden Menschen ihr ganzes Leben lang der Politik fern?

Es sind so viele Größen der Wissenschaft, der Technik darunter. Sie wissen — und jede Geschichte ihrer Wissenschaft zeigt ihnen das — daß ihre wissenschaftlichen Lehrgebäude auch nur in großen Punkten von längerer Dauer sind und daß so viele Einzelheiten ihres Lehrprogramms oft schon bald eine Aenderung erfahren müssen.

Das nehmen sie hin, müssen es hinnehmen; nur bei der Politik, da sind sie zu keinem Zugeständnis bereit, selbst nicht in der Erwartung der kommenden Aenderung der vielleicht nebensächlichen Punkte, die sie stören.

Sie bemühen sich auch selten, die Gründe zu prüfen, die einer so großen Anzahl ihrer Mitbürger zu ihrer abweichenden Stellung Anlaß gegeben haben, eben der Mitbürger, mit denen sie sonst in so vielen Punkten übereinstimmen. Leider! Aber sie beteiligen sich nicht einmal auf den Gebieten, auf denen sie mit einer Partei übereinstimmen und auf denen sie noch etwas Eigenes und Besonderes, etwas Ergänzendes zu bieten hätten, auf denen sie des Beifalls, des Dankes ihrer Mitbürger, auch über die Partei hinaus, sicher sein könnten.

Warum nicht?

Ach, die Gründe sind, wenn wir sie alle hören könnten, zahllos. Durch alle aber klingt es durch: „Das wäre ein Opfer ohne gleichen für mich". Ein Opfer. Ja, und gerade das ist es auch, was unser Vaterland so nötig braucht. Ein Opfer seiner Besten. Ein Opfer an Geld bringen sie gelegentlich recht gern. „Wieviel brauchen Sie?" fragen sie mitunter ganz bereitwillig. Ein Opfer an Persönlichkeit, gar ein Erscheinen in Versammlungen,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

oder vollends eine Beteiligung an einer Aussprache? Undenkbar! Denn erstens, so sagt man, muß man etwas davon verstehen — vieles sogar —, muß sich Zeit und Mühe nehmen, die Zeitung gründlich zu lesen, ein Parteiblatt, und kommt dann erst noch in die Gefahr, spöttisch abgeführt zu werden von einem, den man als geistig gar nicht ebenbürtig ansehen kann, der nur in der allgemeinen Aussprache gewandter, in dem augenblicklichen Stand der Tagesfragen besser auf dem Laufenden sich fühlt. Solchen Unannehmlichkeiten würde man sich nicht aussetzen mögen. Man kommt immer wieder zum Schluß: Ich kann leider nichts tun. Ich bin dazu nicht geeignet.

Und das Ergebnis? Diese große Zahl gediegener Männer aller denkbaren Berufe kommt nicht zur Geltung in der politischen Arbeit, die die künftige Gestaltung des Vaterlandes bestimmen wird. Die innere und äußere Neueinrichtung des Vaterlandes vollzieht sich also rettungslos, ohne daß sie ein gutes Wort, einen guten Rat (der so oft dem gegenseitigen Verständnis, der Versöhnung dienen könnte) dazu geben, ohne daß die Kraft- (und Gedanken-) Richtung im Parallelogramm im geringsten beeinflußt würde durch diese große Anzahl gutmeinender Menschen.

Ist denn alles hoffnungslos? In der Kritik sind sie häufig recht stark. Und doch keine Mitarbeit?

Könnten sie nicht eine eigene Partei bilden? Man sprach früher mitunter von einer „Partei der anständigen Leute". Schon dieser Name bedeutet aber einen unerhörten Vorwurf gegen alle anderen Parteien zusammen. Ein solcher immerwährender Vorwurf würde jede Zusammenarbeit mit anderen Parteien unmöglich machen und auch eine solche Partei mit Recht zur Erfolglosigkeit verurteilen.

Noch eine andere Schwierigkeit würde auftreten. Auch eine solche Partei müßte sich ein Programm schaffen. Alle Bedenken, die der Einzelne schon vorher hatte, würden wiederkehren. Man würde auch da kämpfen müssen oder sich zurückziehen, und man würde natürlich wieder das Letztere tun.

Gibt es nun gar keinen Ausweg als Kampf oder gänzlichen Verzicht? Ganz ohne Kampf (vor allem etwas Kampf mit seinem inneren Menschen, mit seinen angeblich bewährten Grundsätzen) wird es nicht abgehen.

Aber der Kampf mit den äußeren Umständen — mit gefährlichen wortgewandten Gegnern — muß nicht unter allen Umständen von jedem einzelnen geführt werden, muß nicht zu peinlichen Verlegenheiten führen.

Es muß auch nicht soweit kommen, daß man die Parteipolitik täglich auf den Grund verfolgt, daß man über alle Einzelheiten Bescheid weiß.

Aber es muß doch erreichbar sein, daß man einige Gedanken, von denen man annehmen darf, daß sie eine gute Wirkung auf einen bestimmten Kreis (oder gar darüber hinaus) haben könnten, auch in einem solchen Kreis anbringt.

Und nun: Wo ist dieser Kreis von Menschen, die geneigt sind, zuzuhören? Können die schon geschilderten Leute einen solchen schaffen, können sie allein genügend fesseln, können sie mit einer erfolgreichen Wiederholung solcher Versuche rechnen? Ich fürchte, nein. Wir haben schon immer zu viel, nicht zu wenig, Kreise gehabt, die, in sich geschlossen, die Berührung unter einander vermissen ließen.

Im Vertrauen muß Neues sich entwickeln können, eine neue Form sich schaffen lassen.

Man kann nur an die vorhandenen politischen Vereine anknüpfen, wenn man politische Wirkungen erzielen, wenn man neue Gesichtspunkte in die Politik hineintragen will. Jeder andere Versuch würde vorerst erfolglos sein.

Und nun frage man sich: Bedeutet es wirklich eine Verleugnung der Grundsätze anständiger Gesinnung, die Gelegenheit zu ergreifen und zu suchen, das, was man als recht, als erstrebenswert erkannt hat, in einer politischen Partei, in einer Versammlung, zu vertreten, auch wenn man mit ihr nicht restlos im Programm übereinstimmt? Ich glaube nicht. Vorausgesetzt, daß es etwa die nächststehende Partei ist, der man gegebenenfalls auch seine Stimme zuwenden würde und vorausgesetzt natürlich, daß man sie nicht durch Angriffe auf ihre Schönheitsfehler zu schädigen gedenkt.

Also, man könnte sich, ohne das ganze Programm der Partei zu verteidigen, doch hören lassen in den Versammlungen.

Aber dann käme ja wieder der Kampf mit allen seinen Aufregungen, Verlegenheiten und Gefahren? Nein, auch das nicht einmal. Es ist nur nötig, das Programm beiseite zu lassen, die höheren Wahrheiten ewigen Geschehens einmal für sich vorzuführen, an das Gute in allen Menschen und schließlich, je nach der vermutlichen Veranlagung der Hörer, an den gesunden Menschenverstand sich zu wenden.

Weil denn aber keine politische Tagung auf solche Betrachtungen allein gestellt sein kann, ergibt sich von selbst eine Arbeitsteilung, bei der eine andere Kraft den Kampf ums Programm führen kann, die dann auch die damit verbundenen Angriffe erfahren und parieren wird.

Ich bin überzeugt, daß bei gutem Willen, bei gründlicher Ueberlegung, bei ehrlicher Begeisterung für das Gute, ein großes und vielleicht willkommenes (der Verständigung dienendes) Gebiet der Politik sich angliedern ließe, in dem von keinem Programm die Rede ist.

Wo würden aber die Guten alle hingehen, die bisher der Politik fernstanden?

Möchten sie doch über alle Parteien sich verteilen!

Das wäre das Beste, daß in allen Parteien auch diese Politik ohne Programm gepflegt würde.

Wir leben ja in gänzlich veränderten politischen Verhältnissen, und wenn die Zukunft unseres Vaterlandes, seine Entwicklung, sicher gestellt werden soll, wird es häufiger als früher eines Zusammengehens der Parteien über das Programm hinweg bedürfen. Auch im Großen von Fall zu Fall eine Politik ohne Programm zum Wohl des Ganzen, zur Verständigung.

Die deutsche Republik.

Hoffmann — Oberbürgermeister von Ludwigshafen?

Seit einigen Tagen kursieren in der Pfalz Gerüchte, nach denen der ehemalige Ministerpräsident Hoffmann-München sich um den Oberbürgermeisterposten in Ludwigshafen a. Rh. beworben hat. Dies bestätigt nun auch der „Volksbote" in Kaiserslautern, indem er schreibt: „Soeben erhalten wir von unterrichteter Seite aus München die Mitteilung, der ehemalige Ministerpräsident Hoffmann beabsichtige, sich um den Posten des Oberbürgermeisters von Ludwigshafen zu bewerben. Hoffmann ist aus Kaiserslautern und war früher dort Volksschullehrer. Trotzdem diese Meldung vorerst sehr vorsichtig aufgenommen werden muß, dürfte seine Wahl nicht als ausgeschlossen betrachtet werden."

Die Frei-Pfälzische Bauernschaft

hat, wie bereits gestern mitgeteilt, die pfälzischen Landwirte zum Generalstreik aufgefordert. Der Hauptgeschäftsführer dieser Vereinigung, ein Herr Sand aus Zweibrücken, ist, sicherem Vernehmen nach, auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Zweibrücken wegen Verbreitung aufreizender Flugblätter gegen die Regierung der Pfalz verhaftet worden. Die Verhaftung beweist, daß die maßgebenden Stellen fest entschlossen sind, gegen den ungesetzlichen Lieferungsstreik mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen, um die katastrophalen Folgen eines solchen Streiks von der Pfalz abzuwenden.

Die Lage im Reich.

Berlin, 22. März. (Wolff.) Heute traf kurz nach 12 Uhr mittags ein großer Teil der Abgeordneten und der Beamten der Reichskanzlei aus Stuttgart hier ein. Etwas später lief der Sonderzug mit dem Reichspräsidenten Ebert und dem Reichswehrminister Noske sowie den übrigen Mitgliedern der Reichsregierung, die noch in Stuttgart waren, hier ein.

Koburg, 22. März. (Eig. Drahtbericht. Wolff.) Zu den Kämpfen in Gotha, das von jeder Verbindung abgeschnitten ist, macht das Kommando des hiesigen Reichswehrkommandos die Mitteilung, daß die Reichswehrtruppen in Gotha bei den Kämpfen 10 Tote, 34 Verwundete und 9 Vermißte hatten. Die Verluste der aufständischen Arbeiter belaufen sich auf über 1000 Mann.

Quedlinburg, 22. März. (Eig. Drahtber. Wolff.) Ein heftiger spartakistischer Angriff auf das Rathaus wurde gestern von der Besatzung abgewiesen. Der von den Kommunisten besetzte Bahnhof wurde von den Truppen nach schweren Kämpfen wieder genommen. Beide Teile hatten schwere Verluste.

Leipzig, 22. März. (Wolff.) (Eig. Drahtber.) Wie das „Leipz. Tagebl." meldet, dauern die Kämpfe in Halle (Saale) und Umgebung mit unverminderter Heftigkeit an. Die Truppen haben nicht nur mit der organisierten Arbeiterschaft, sondern mit zahlreichen unorganisierten Banden, die von den Dächern herabschießen, zu kämpfen. Der Galgenberg ist durch Artillerie zusammengeschossen. Desgleichen ist der Flugplatz, der in den Händen der Arbeiter war, durch Artillerie gesäubert worden. Der Markt und die umliegenden Straßen, sowie die Vororte Glaucha, Böllberg, Gimritz werden von den Arbeitern gehalten. Die Arbeiter beschossen den Feldberg mit Artillerie. Das Waisenhaus, die Krankenhäuser sind mit Verwundeten überfüllt In Ammenberg sind viele Häuser zusammengeschossen. Die Arbeiterschaft unternahm gestern einen Sturm auf den Schlachthof, der jedoch abgeschlagen wurde. Die Stadt Halle ist von der Außenwelt vollständig abgeschnitten und auch zu Fuß nicht mehr zu erreichen.

Leipzig, 22. März. (Eig. Drahtbericht. Wolff.) Die für gestern vereinbarte Waffenabgabe aus den Ostvierteln ist nicht erfolgt, wogegen Waffentransporte nach auswärts stattfinden. In Borna, Bezirk Leipzig, haben die Aufrührer ihre Positionen gestern eingenommen. Die Stadt Halle a. d. S. ist nach mehrstündigem, schweren Artilleriekampf seit gestern abend in den Händen der Regierungstruppen.

Plauen i. V., 22. März. (Wolff.) Heute nacht sind bewaffnete Banden mit Maschinengewehren, Minenwerfern und Handgranaten in das hiesige Landgericht eingedrungen und haben die Herausgabe der bei dem Falkensteiner Putsch am 24. und 27. April v. J. Beteiligten, sowie die Herausgabe der Akten verlangt. Der Staatsanwalt, der die Herausgabe der Akten verweigerte, wurde mit den befreiten Gefangenen auf einem Automobil fortgeschleppt.

Breslau, 22. März. (Wolff.) Der Chefredakteur der „Schlesischen Ztg." in Breslau, Dr. Schetivy, wurde verhaftet, ebenso der deutschnationale Stadtverordnete Dr. Daiallas und eine Anzahl Studenten wegen Hochverrats, weil die Polizei bei einer Razzia in verschiedenen Verbindungshäusern Waffen vorgefunden hatte. Dagegen wurde der am Tage vorher verhaftete Rektor der Technischen Hochschule Prof. Dr. Heiner auf freien Fuß gesetzt.

Magdeburg, 22. März. (Eig. Drahtber. Wolff.) Die Arbeit wurde hier heute wieder in vollem Umfange aufgenommen. Der Straßen- und Eisenbahnverkehr ist im geregelten Betrieb.

Kiel, 22. März. (Eig. Drahtbericht. Wolff.) Die Parteien beschlossen, die Arbeit in den lebenswichtigen Betrieben wieder aufzunehmen.

Kiel, 22. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitg." wurde Admiral v. Levetzow, der vormalige Chef der Marinestation der Ostsee, mit zwei Marineoffizieren in Luetjenburg festgenommen und ins Gefängnis von Kiel eingeliefert. Die Brigade Levetzow hat den Kampf mit den Arbeitern abgebrochen und sich nach Norden zurückgezogen.

Hamburg, 22. März. (Eig. Drahtbericht. Wolff.) Die Hamburger Werften haben die Arbeit fast in vollem Umfange wieder aufgenommen.

f. **Köln**, 22. März. (Eig. Drahtbericht.) Der nach dem Industriegebiet entsandte Sonderberichterstatter der „Rhein. Zeitung" erklärt, es sei unrichtig, daß im Industriegebiet die Rätediktatur ausgerufen worden ist oder ausgerufen werden soll. Der Haß gegen die Reichswehrtruppen ist bei der großen Mehrheit der Bevölkerung ungeheuer. Maßgebende Leute der Roten Armee erklärten, daß sich die Arbeiter niemals von Reichswehrtruppen werden entwaffnen lassen; sie seien bereit, die Waffen an die Engländer abzuliefern, nicht aber an die Reichswehr. Man glaubt, es bestehe der Plan, das Industriegebiet von Reichswehrtruppen zu umzingeln und dann konzentrisch zum Angriff überzugehen. In diesem Falle sei die Rote Armee zum äußersten Widerstand entschlossen. Rote Soldaten erwiderten, daß dann Sabotage und schweres Unheil nicht aufzuhalten seien. Radiate Elemente seien, wenn es zur Schlacht komme, bereit, Werke mit Dynamit in die Luft zu sprengen und die Zechen unter Wasser zu setzen. Es müsse deshalb alles auf eine friedliche Lösung eingestellt werden.

Köln a. Rh., 22. März. (Eig. Drahtbericht. Wolff.) Der telephonische Verkehr mit Essen (Ruhr) ist wieder vollkommen gesichert. Die Lage soll in Essen wieder ruhig sein. Mülheim und Duisburg stehen seit gestern mittag unter kommunistischer Herrschaft. Die Reichswehrtruppen aus Mülheim, Düsseldorf und den übrigen Orten des Industriebezirks haben sich nach Wesel zurückgezogen. Die Ruhrorter Rheinbrücke ist von Belgiern besetzt. Die Zahl der Toten der Essener Kämpfe wird auf mehrere Hundert geschätzt. Die Krankenhäuser liegen voll von Verwundeten. Bei der Oeffnung der Gefängnisse sind mit den politischen Gefangenen auch zahlreiche gemeine Verbrecher, Diebe und Räuber in Freiheit gesetzt worden.

Düsseldorf, 22. März. (Eig. Drahtbericht. Wolff.) Die gestrige Kommissionssitzung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften beschloß, den Generalstreik mit dem heutigen Tage abzubrechen. Die Arbeiter und Angestellten wurden aufgefordert, am Montag, den 22. März, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Sonntag ist größtenteils ruhig verlaufen.

Düsseldorf, 22. März. (Eig. Drahtbericht. Wolff.) Der Vollzugsrat beschloß, eine Volkswehr aus organisierten Arbeitern und Angestellten, die auf dem Boden des Sozialismus stehen, zu bilden, um die politischen Rechte der arbeitenden Klasse zu sichern. Die bisherige Arbeiterwehr wird entwaffnet.

f. **Essen**, 22. März. (Eig. Drahtbericht.) In einer Arbeiterversammlung erklärte gestern ein Redner, daß die militärische Lage derart sei, daß alle jungen waffenfähigen Genossen an die Front bei Buer und Horst-Emscher geschickt werden müßten. Angesichts der großen Mehlknappheit hat der Zechenverband sich bereit erklärt, für die Brotversorgung seine Devisen in Höhe von 120 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Fortgesetzt finden Transporte der Roten Armee aus Düsseldorf und Umgebung nach der Kampffront statt. Von kommunistischen Truppen heftig beschossene Flugzeuge der Reichswehr warfen gestern im Industriegebiet Flugblätter ab, worin die baldige Hilfe gegen die Spartakusherrschaft in Aussicht gestellt wird, die sich aus Mangel an Lebensmitteln nicht lange wird halten können.

fr. **München**, 22. März. (Drahtmeldung unseres Münchener Mitarbeiters.) Am Montag nachmittag ist die Münchener Einwohnerwehr auf Widerruf aus ihren über die ganze Stadt zerstreuten Stützpunkten vollständig eingezogen worden, da die beruhigte Lage ihre Dienste nicht mehr erfordert. Andere Sicherheitsmaßnahmen bei den regulären Truppen sind noch teilweise aufrechterhalten.

Aburteilung der an den Straubinger Unruhen Beteiligten.

(Eigener Drahtbericht.)

München, 22. März. (Wolff.) Die an den Straubinger Unruhen vom 1. bis 3. März Beteiligten (im ganzen 43 Personen) wurden vom Straubinger Volksgericht verurteilt. In zwei Fällen wurde auf Zuchthausstrafe von 3 Jahren erkannt. Die übrigen Gefängnisstrafen bewegen sich zwischen 2 Jahren, 4 Monaten und wenigen Tagen.

Entwaffnung der Reichswehr im britisch besetzten Gebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

Köln, 22. März. (Wolff.) Die Interalliierte Rheinlandskommission teilt mit: 1500 Mann und ein General der Reichswehr haben gestern das britisch besetzte Gebiet betreten. Diese Truppen sind entwaffnet und unter britische Militärbewachung gestellt worden, da dieses Vorgehen im Widerspruch zu Art. 9 der Verordnung Nr. 3 der Interalliierten Rheinlandskommission steht.

Die Zeitungsverbote im besetzten Rheingebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

Koblenz, 22. März. (Wolff.) Nach einem Schreiben der Interalliierten Rheinlandskommission an den Reichskommissar für die besetzten Rheingebiete sind die während des Waffenstillstandes von den Besatzungsbehörden hinsichtlich der Zeitungen, Zeitschriften und Druckwerke erlassenen Verbote und Einfuhrbeschränkungen als hinfällig zu betrachten. Es gelten fortan nur solche Zeitungsverbote usw., die gemäß Artikel 13 der Verordnung Nr. 3 von der Kommission erlassen werden.

Vollständige Wiederaufnahme des Zugsverkehrs in Sachsen.

(Eigener Drahtbericht.)

Dresden, 22. März. (Wolff.) Bahnamtlich wird mitgeteilt: Der Zugverkehr in Sachsen ist nunmehr in vollem Umfange aufgenommen worden. Seit Montag verkehren auch die Züge von und nach Leipzig wieder fahrplanmäßig. Zwischen Dresden und Berlin verkehren seit Samstag ebenfalls alle Züge. Auch in Thüringen ist der Zugverkehr wieder aufgenommen worden. Störungen bestehen jedoch in Halle, so daß der Zugverkehr über Leipzig hinaus in der Richtung Halle zurzeit noch nicht möglich ist. Der Zugverkehr von und nach Hannover wird voraussichtlich über Bitterfeld—Dessau umgeleitet.

Auswärtige Staaten.

Dänemark und die Abstimmungsfrage.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 22. März. Die dänische Regierung hat leider gegen die sogenannte Zielgeraden, die den Forderungen der Volksabstimmung gerecht wird, Protest eingelegt, dem aber von der deutschen Regierung aufs lebhafteste widersprochen werden wird. Andererseits kann man feststellen, daß in Dänemark selbst der Gedanke, Flensburg zu annektieren, nach dem Abstimmungsergebnis immer mehr fallen gelassen wird. Die dänischen Annektionisten werden selbst in Dänemark bekämpft, und es sind 200 Versammlungen in Dänemark angesagt, um den Verzicht auf Flensburg mit Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen.

Das ungarische Königtum.

(Eigener Drahtbericht.)

Budapest, 22. März. (Wolff.) Eine Regierungsverordnung erklärt, daß im Sinne des Gesetzes über die Wiederherstellung der Verfassung, wiewohl die Ausübung der königlichen Macht seit dem 13. November 1918 aufgehört habe, die Staatsform Ungarns auch weiterhin das Königtum sei. Dementsprechend haben die staatlichen Behörden, Aemter und Anstalten die Bezeichnung „Königlich ungarisch" zu führen. Ueber das Landeswappen ist das Bild der ungarischen Krone anzubringen.

Bolschewistischer Angriff gegen Finlands Grenze.

(Eigener Drahtbericht.)

Helsingfors, 22. März. (Wolff.) Infolge bolschewistischer Angriffe gegen die finische Grenze fand ein Notenwechsel zwischen der finischen Regierung und der russischen Räteregierung statt. Tschitscherin versprach, die Operation einzustellen.

Millerand gegen die Revision des Friedensvertrags.

Paris, 22. März. Ministerpräsident Millerand erklärte dem Pariser Korrespondenten der „Daily Chronicle", Frankreich beabsichtige nicht, irgendwie in die innere Politik Deutschlands einzugreifen; aber es könne nicht untätig zuschauen, wenn die nationale Sicherheit durch den Verlauf der Dinge in Deutschland bedroht werde. Die Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland habe niemals darin bestanden und werde niemals darin bestehen, eine einfache Rache zu üben. Im französischen Charakter liege nicht eine Haßpolitik gegenüber einem besiegten Feinde, selbst wenn dieser besiegte Feind Deutschland sei. Aber Frankreich müsse verlangen, daß seine Forderungen an Deutschland voll befriedigt würden. Ueber diesen Punkt könne sich Frankreich niemals auf einen Vergleich einlassen. In den zukünftigen Beziehungen Frankreichs zu Deutschland sei die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht ausgeschlossen, aber eine solche Zusammenarbeit hänge notwendigerweise von der Ausführung der Verpflichtungen ab, die der Friedensvertrag Deutschland auferlege. Es sei von grundlegender Bedeutung für Frankreich, daß seine Zukunft, wie sie durch den Friedensvertrag garantiert sei, erhalten bleibe und daß seine Interessen gewahrt würden. Deshalb werde sich Frankreich stets in der Notwendigkeit befinden, jedem Versuch, den Friedensvertrag zu revidieren, entgegenzutreten. Deutschland müsse sich streng an seine Verpflichtungen halten. Das gehe jeden der Verbündeten Frankreichs nicht weniger an, als Frankreich selber, denn die Interessen der Alliierten seien unlösbar vereint und, wenn einer von ihnen bedroht werden würde, befänden sich auch die andern in Gefahr.

Badische Politik.

Hygienische Volksbelehrung in Baden.

Das Reichsministerium des Innern hat die Regierungen der Gliedstaaten dazu angeregt, Landesausschüsse für hygienische Volksbelehrung zu bilden. Das badische Arbeitsministerium hat daraufhin eine Reihe von Fachleuten zu einer Aussprache eingeladen, um zur Bildung eines badischen Landesausschusses für hygienische Volksbelehrung Stellung zu nehmen. Auf Grund des Ergebnisses dieser Besprechung hat das badische Arbeitsministerium von der Gründung einer neuen Organisation abgesehen und die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene gebeten, innerhalb ihrer Gesellschaft eine besondere Abteilung für hygienische Volksbelehrung zu bilden. Der Arbeitsausschuß der genannten Gesellschaft hatte schon zuvor beschlossen, eine solche Abteilung zu schaffen, falls eine neue Organisation nicht gegründet werden würde. Mittlerweile hat die Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Vereins für Volkshygiene am 10. März ds. Js. die Auflösung der Ortsgruppe beschlossen; die Mitglieder sowie der Hauptteil des Vermögens dieser Ortsgruppe wurden der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene überwiesen, nachdem sich diese Gesellschaft bereit erklärt hatte, die Arbeiten der Ortsgruppe fortzusetzen. Es ist sehr erfreulich, daß es auch in diesen beiden Fällen zu einem Zusammenschluß der auf hygienischem Gebiet tätigen Kräfte gekommen ist, so daß die bisherige überaroße Zersplitterung immer mehr eingeschränkt wird. Es bleibt nur zu wünschen, daß auch andere Organisationen auf Teilgebieten des Gesundheitswesens diesen Beispielen folgen. Es gilt jetzt mehr als je, mit den geringsten Mitteln den größten Erfolg zu erzielen; dies kann nur durch die vollkommenste Zusammenfassung aller gleichstrebenden Kräfte erreicht werden.

Zum Ausgleich der Härten im Gehaltstarif.

Die Härten, die sich im Vollzug des Gehaltstarifs vom Jahr 1908 ergeben haben, bildeten seither einen Gegenstand fortgesetzter Klagen der badischen Beamtenschaft, die bisher vergeblich deren Beseitigung angestrebt hat. Schon vor Kriegsausbruch hatte Finanzminister Dr. Rheinboldt die Ausarbeitung eines neuen Gehaltstarifs versprochen und im Laufe des Jahres 1919 hat Finanzminister Dr. Wirth wiederholt erklärt, daß die bevorstehende Reichsbesoldungsreform zwar eine vorherige Neuordnung des badischen Gehaltstarifs unmöglich mache, jedoch die in dem schon längst als reformbedürftig anerkannten badischen Gehaltstarif von 1908 enthaltenen empfindlichsten Härten noch vor Erlassung der Besoldungsreform ausgeglichen werden sollen. Dieser Auffassung sind auch verschiedene badische Parlamentarier beigetreten. Auf der im Januar ds. Js. im großen Rathaussaal in Karlsruhe abgehaltenen Beamtenversammlung hat der badische Finanzminister die nicht zur Eisenbahnverwaltung gehörigen Beamten gebeten, ihre Wünsche in bezug auf den Gehaltstarif einstweilen zurückzustellen und den Eisenbahnbeamten den Vorrang zu lassen, weil diese früher, als ursprünglich beabsichtigt war, nämlich schon auf 1. April 1920, vom Reich übernommen werden sollen und deren Gehaltsverhältnisse deshalb so schnell wie möglich geordnet werden müßten. Der Badische Beamtenbund hatte schon bestimmte Vorschläge über die Beseitigung der Härten im Gehaltstarif ausgearbeitet, sie aber aus den erwähnten Gründen zurückgestellt. Nachdem aber inzwischen die Interessen der Eisenbahnbeamten durch Verabschiedung des VII. Nachtrags zum Staatsvoranschlag gewahrt worden sind, warten die im badischen Landesdienst verbleibenden Staatsbeamten vergeblich auf die Einlösung des ihnen gegebenen Versprechens. Der Badische Beamtenbund hat deshalb das Staatsministerium und sämtliche Einzelministerien dringend ersucht, alsbald mit den Personalvertretungen wegen des zugesagten Härtenausgleichs in Verhandlungen einzutreten. Die in Betracht kommenden Beamten, die immer noch unter diesen Härten zu leiden haben und deren sich deshalb große Beunruhigung bemächtigt hat, erwarten mit Ungeduld die baldige Beseitigung der Härten. G. E.

Möbel- und Ausstattungshaus
Gustav Friedrichs
Karlsruhe i. B.
Teleph. 3174 Karl-Friedrichstr. 24 (Rondellpl.)
Ständige große Ausstellung kompletter Wohnungseinrichtungen in allen Holz- und Stilarten.
Streng reelle Bedienung.

Die Entmottung
von Polstermöbeln, Matratzen, Federbetten etc. läßt die kluge Hausfrau nur da besorgen, wo ihr garantiert wird, daß der Mottenwurm im Innersten der Polsterung vollständig vernichtet wird, ohne die Gegenstände irgendwie zu beschädigen. Dies kann nur durch
D. V. G. U. Anton Springer, Ettlingerstr. 51, Tel. 2340
geschehen, da die erforderliche Einrichtung meine Erfindung und hierorts in keinen andern Händen ist.

Die Vorgänge in Baden.

Nach einer Drahtmeldung unseres Mannheimer [illegible]r-Mitarbeiters ist die Ruhe in Mannheim auch in den letzten Tagen nicht gestört worden. Einige Aufregung wurde durch einen Dummen-Jungen-Streich in der Nacht zum Sonntag verursacht. Zwischen 12 und 1 Uhr wurden in verschiedenen Stadtteilen mehrere Fliegersignalbomben abgefeuert, die offenbar vor einiger Zeit gestohlen worden waren. In der Umgebung des Platzes zwischen U 2 Schule und Fortbildungsschule am Friedrichsring sind mehrere Fensterscheiben durch den Luftdruck zertrümmert worden; weiterer Schaden wurde nicht verursacht. In den Mannheimer Großbetrieben gärt es weiter. Am Montag veröffentlichten die Bergin-Anlagen Rheinau der Erdöl- und Kohlenverwertungs-Aktiengesellschaft Mannheim-Rheinau eine Bekanntmachung, nach der auch dieser Betrieb am 19. ds. Mts. geschlossen werden mußte, weil infolge des unbefugten Eindringens der Arbeiterschaft in das Verwaltungsgebäude, in der Errichtung eines auf ungesetzlicher Grundlage beruhenden Betriebsrats und der einmütigen Erklärung der gesamten Angestelltenschaft, die Arbeit niederzulegen, bis der revolutionäre Betriebsrat zurückgetreten sei, der Betrieb nicht weiter geführt werden kann. Die Schließung hatte die Entlassung der Arbeiterschaft zur Folge. Die „Tribüne", das Organ der Mannheimer Unabhängigen, verrät in ihrer Montagsnummmer einiges aus dem Programm der revolutionären Betriebsräte: den Arbeitnehmern gleichberechtigte Mitwirkung in allen Fragen des Einkaufs, der Produktion, des Verkaufs, der Anstellung und Entlassung von Arbeitskräften und Gewinnbeteiligung im Aufsichtsrat. „Eine weitere Begründung", so bemerkt das Blatt im Anschluß hieran, „der in den angeführten Aufgaben- und Rechtskreisen enthaltenen Forderungen glauben wir uns ersparen zu können, nachdem in sämtlichen sozialistischen Blättern zu Hunderten von Malen ausgesprochen und nachgewiesen wurde, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung keine Berechtigung mehr hat."

Ueber die Verhältnisse bei der Firma Benz & Co. und das Verhalten der Angestelltenschaft bei der Wahl der Betriebsräte wird durch die „Tribüne" folgendes festgestellt: 1. Die Beamten haben bei geheimer Abstimmung mit Mehrheit beschlossen, revolutionäre Betriebsräte zu wählen. Die nachträgliche ablehnende Haltung ergab sich erst, als die Beamten des ganzen Bezirks mit Urabstimmung die Firma Benz überstimmten. 2. Es ist keine passive Resistenz geübt, sondern mit Ausnahme der Versammlungen gearbeitet worden. 3. Die Arbeiter sind nicht gewaltsam in das Verwaltungsgebäude gedrungen, sondern es ist lediglich durch einige Beauftragte das Telephon überwacht worden, nachdem die Direktion bei Nennung des Wortes „revolutionärer Betriebsrat" ohne Grund fluchtartig von dannen gegangen war, ohne daß sie es für nötig gehalten hätte, zu fragen, wie diese revolutionären Räte ihre Aufgaben aufgefaßt wissen wollten. Es wird dann den Direktoren noch vorgeschlagen, sich als gleichberechtigte Männer mit der Arbeiterschaft anzusehen und nicht für den Geldbeutel Einzelner, sondern für das Wohl der Allgemeinheit zu arbeiten; unter diesen Umständen sollte ihre „passive Resistenz" bezahlt werden. Die kaufmännischen und technischen Angestellten der Firma Heinrich Lanz und der Schwarzwaldwerke haben es am Freitag mit erdrückender Mehrheit abgelehnt, sich an den geplanten revolutionären Betriebsräten zu beteiligen; sie stehen vielmehr auf dem Boden der durch die Verfassung geschaffenen gesetzlichen Betriebsräte. Auch der größte Teil der Arbeiter der beiden Werke hat sich bei der Abstimmung gegen die revolutionären Betriebsräte ausgesprochen.

Protestkundgebung in Baden-Baden.

Unser H-Mitarbeiter in Baden-Baden berichtet: Zu einer imposanten Protestkundgebung gegen die sogenannte Kapp-Regierung gestaltete sich eine am Sonntag vormittag veranstaltete große Volksversammlung, die von den drei Mehrheitsparteien einberufen war und den großen Gartensaal sowie die Nebensäle des Baden-Badener Kurhauses bis auf den letzten Platz füllte. Stadtrat A. Pfeifer (Ztr.) eröffnete die Versammlung. Dann sprachen in wirkungsvoller wie eindringlicher Weise Stadtrat R. Schmidt (Ztr.), Stadtrat O. Rapp (Soz.) und Stadtrat und Landtagsabgeordneter Hermann Kölblin über: „Demokratie oder Reaktion" und wiesen in ernsten Worten auf die Gefahren revolutionärer Bestrebungen, mögen sie von rechts oder von links kommen, für die gesunde Aufwärtsentwicklung Deutschlands und des deutschen Volkes hin, zugleich die Mahnung an die Anwesenden richtend, treu zur jetzigen verfassungsmäßigen Regierung zu stehen und allen Diktaturbestrebungen von links und rechts entgegenzutreten. Nachdem ein Vertreter der Einwohnerwehr die Erklärung abgegeben, daß die Wehr hinter der Regierung stehe und diese stütze und schütze, wurde folgende Entschließung angenommen:

„Wir halten unverbrüchlich fest an den bestehenden Verfassungen in Reich und Land.

Wir verurteilen aufs Schärfste jede Gewaltpolitik, von welcher Seite sie auch kommen möge.

Wir sind der Ansicht, daß nur einmütiges Zusammenstehen unser Vaterland aus den Gefahren, die ihm von innen und von außen drohen, retten kann.

Wir geloben feierliche Treue der verfassungsmäßigen, aus den Mehrheitsparteien gebildeten Regierung.

Wir werden allen Versuchen, die Ordnung im Reich, Land und Stadt zu stören, mit allem Nachdruck entgegentreten."

Neben den Anhängern der drei Regierungsparteien waren auch einige Vertreter der Unabhängigen in der Versammlung anwesend, die die Redner immer wieder durch Zwischenrufe zu unterbrechen versuchten, damit aber wenig Glück hatten, denn sie wurden immer schlagfertig widerlegt. Im Stadtteil Lichtental und Baden-West fanden gleichfalls Volksversammlungen statt, in denen Redner in dem gleichen Sinne wie in der obigen sprachen und die gleichfalls einen vorzüglichen Verlauf nahmen.

Aus Baden.

* **Heidelberg**, 22. März. Von Schulkindern in den Kreisen Mosbach, Tauberbischofsheim, Sinsheim und Heidelberg sind insgesamt 60 Zentner Aepfel und Birnen gesammelt worden, mit denen die heimkehrenden Kriegsgefangenen beschenkt wurden.

* **Zwingenberg** (A. Eberbach), 22. März. Der Gendarmeriewachtmeister Ried wurde von einem Schreibmaschinendieb erschossen. Ried hatte den Dieb beobachtet und wollte ihn verhaften. Dieser zog einen Revolver aus der Tasche und schoß den Polizeibeamten nieder.

de. **Königsfeld**, 22. März. Hier fand am Samstag die Beerdigung des am letzten Donnerstag von dem Landwirt und Mechaniker Eugen Haas im nahen Martinsweiler erschossenen Gendarmeriewachtmeisters Schumacher von hier statt. Haas war durch eigenes Verschulden gerichtlich von seiner Frau geschieden worden und hatte aus dem ihr gehörigen Hof Vieh usw. verkauft, bis die Frau erwirkte, daß ihr geschiedener Mann vom Hofe müsse. Um dies durchzusetzen, hatte sie das Anwesen an den Landwirt Fischer in Peterzell verkauft, der letzten Donnerstag aufziehen wollte. Nachdem Haas dann mit einer Art am Donnerstag vormittag das ganze wertvolle Porzellan seiner geschiedenen Frau zertrümmert hatte, fuhr er nach Villingen, kaufte sich dort eine Armee-Mauser-Pistole und einen sechsläufigen Revolver und kehrte nachmittags nach Martinsweiler zurück, um, wie er zu verschiedenen Leuten sagte, seine Frau zu erschießen. Er versuchte, auf dem Hof durch ein Fenster in ein Zimmer einzudringen, in das sich Frau Haas in ihrer Angst eingeschlossen hatte, aber noch im letzten Augenblick flüchten konnte. Dann versteckte sich Haas in dem Schopf und schoß, als zum Schutze der Frau Haas, die ihre Fahrnisse holen wollte, Gendarmeriewachtmeister Schumacher und Pächter Fischer erschienen, beide nieder. Schumacher tötete er durch einen Schuß, der ins Herz drang. Fischer erhielt drei Kugeln in einen Arm und Oberschenkel. Dann flüchtete Haas, nachdem er vor dem Mord die Kleider der Frau Haas im Hausgang umhergestreut und eine Petroleumflasche daneben gestellt hatte, um sie und damit das Anwesen anzuzünden. Zu diesem neuen Verbrechen kam es aber nicht, da Haas, von Angst gepeinigt, nach Buchenberg floh, wo ihn zwei Villinger Gendarmeriebeamte aufspürten und verhafteten. Schumacher war einer der verdienstvollsten Gendarmeriebeamten des Landes und schon seit 1896 bei der Gendarmerie, seit 1911 hier.

Wohnungs- und Siedlungswesen.

Im Vortragskurs des Arbeitsministeriums für Staatsbeamte sprach Geh. Obermedizinalrat Dr. Hauser-Karlsruhe über ansteckende Krankheiten und Säuglingssterblichkeit, hervorgerufen durch mehr oder weniger schlechte und ungesunde Wohnungen. In den Vordergrund stellt er den Satz: „Wo die Sonne hinkommt, kommt der Arzt nicht hin", beleuchtete weiter den Zusammenhang zwischen Wohnungsdichte, Einfluß der Außentemperatur, Feuchtigkeit und Gesundheit, zwischen Abort und Infektionskrankheiten, Wohnung und Lungen- und Kehlkopftuberkulose, Häuslichkeit, Schnapsgenuß, Krebs- und Geschlechtskrankheiten. Der vermehrten Zahl von Todesfällen der Erwachsenen während des Krieges steht eine Abnahme der Sterblichkeit der Säuglinge entgegen, die durch das vermehrte Stillen der Mütter begründet ist. Die soziale Hygiene muß in weiten Kreisen verbreitet werden, und ihre Gebote müssen Gemeingut der Aerzte, Verwaltungsbeamten, Schulen und Seminarien und Gemeinden werden.

In einem Vortrage über ländliche Siedelungen wies Regierungsrat Dr. Kampffmeyer-Karlsruhe auf die Entwicklung Deutschlands von einem Agrar- zu einem Industriestaat hin. Bei intensiver Bewirtschaftung könne unser heimischer Boden das ganze deutsche Volk ernähren. Hauptaufgabe werde es darum sein, Neuland zu schaffen; dies wird u. a. durch Kultivierung von Oedland, Ausstockung von Wald und Zuteilung von Land aus dem Großgrundbesitz erreicht werden. Für Baden kommt im wesentlichen das Ausstocken und die Zuteilung von Land in Frage. Ein erfreulicher Anfang sei bei der Hagenschieß-Siedelung in der Nähe von Pforzheim gemacht worden, der noch weitere folgen würden. Bisher ist auch in Baden schon in der Abtretung von Land Entgegenkommen durch den Großgrundbesitz gezeigt worden. Zum Schluß erläuterte er noch die Ziele und Bestrebungen der Bad. Siedelungs- und Landbank.

Professor Dr. Deecke-Freiburg i. Br. gab eine genaue Darstellung über die Verbreitung der Baustoffe im Badener Land und wies nach, daß Baden mit seinen reichen Bodenschätzen gegenüber Norddeutschland mit seinen weiten Oedländern und Mooren sehr günstig gestellt ist. Ein Anlaß, ängstlich in dieser Hinsicht zu sein, besteht darum für Baden nicht; es handelt sich nur darum, die Bodenschätze, Stein, Granit, Kalk, Gips, Zement und Lehm bald nutzbar und tote Steinbrüche u. a. wieder zu lebendigen zu machen. Zum Schluß teilte der Redner noch Beispiele mit, welche Materialien in den einzelnen Kreisen und Bezirken Badens Verwendung finden können. Die von der Geologischen Landesanstalt ausgearbeiteten Karten können in vielen Fällen eine Ergänzung des Vortrags sein.

Weiter sprach Amtmann Schoch-Karlsruhe über neuere Gesetzgebung auf dem Gebiete des Wohnungswesens und erläuterte eingehend Einrichtung, Zweck und Aufgaben der Einigungsämter, die auf dem Gebiet des Mietschutzes mehr und mehr große Bedeutung erlangt haben und auch hinsichtlich der Maßnahmen der Gemeindebehörden zur Bekämpfung der Wohnungsnot in weitem Umfang zu entscheiden berufen sind; ferner die wichtigsten Bestimmungen über den Schutz der Mieter und über die Befugnisse der Wohnungsämter zur Inanspruchnahme des vorhandenen Wohnraums; sodann die gesetzlichen Bestimmungen zur Förderung des Wohnungsbaues, darunter jene, die sich mit der Beschaffung und rechtlichen Behandlung des Baulandes befassen, namentlich die Enteignung von Bauland, den Vorbehalt des Vorkaufs- und des Wiederkaufsrechts, das Erbbaurecht u. s. f. und schließlich das in Aussicht stehende Reichsheimstättengesetz und das badische Sperrgesetz, das den Verkehr mit Grundstücken in der Regel von der Genehmigung des Bezirksamts abhängig macht und Güterzertrümmerung und Spekulation hintanhalten will.

Ministerialrat Stürzenacker-Karlsruhe sprach über die Revolution im Bauwesen. Er schilderte die neuen Aufgaben, die den Städten durch die veränderte politische und wirtschaftliche Lage erwachsen ist, die neben dem reinen Verwaltungsbeamten natürlich auch den Ingenieur und Architekten berühren; diese beiden müssen heute im wesentlichen Finanzleute und Techniker, weniger aber Künstler sein. Heute heißt es, so rasch und billig wie möglich bauen und darum den Baukörper so enge wie möglich fassen. In diese Frage spielt weiter die neue Entwicklung der Technik, das Normen- und Typenwesen, die Wärmewirtschaft, die Baupolizei und die Ausbildung an Hochschulen, an Bau- und Kunstgewerbeschulen und an den Gewerbeschulen. Erst in späteren Jahren wird man erkennen, welche Wandlungen in diesen Jahren die Städte- und Hausbaukunst, Techniker und Verwaltungsmann durchmachen mußten.

Anschließend daran sprach Oberbauinspektor Schmieder-Heidelberg über neue Bestrebungen auf dem Gebiete des Kleinwohnungsbaues. Es handelt sich heute darum, den Bebauungsplan und den Hausplan so zu fassen, daß nach Möglichkeit gespart wird. Schmieder zeigte diese Bestrebungen an einer Reihe von neuen Aufgaben und ging dabei auch auf die neuen Bestrebungen von Behrens-Berlin und Höga-Dresden ein, die wohl wirtschaftliche Vorteile bieten, aber auch gesundheitliche Bedenken in sich bergen. Zum Schlusse zeigte Schmieder den Entwurf für die neue Heidelberger Siedelung Pfaffengrund, bei der neben der Sparsamkeit auch die Vorteile des behaglichen und ungestörten Nebeneinanderwohnens in neuer Weise Ausdruck finden sollen.

Am Nachmittag verbreitete sich Ministerialrat Dr. Imhoff-Karlsruhe über Baukostenzuschüsse 1919 und Baudarlehen 1920. Ursprünglich war angenommen, daß nach Kriegsende die Baupreise wieder sinken werden; das hat sich nicht erfüllt, und darum mußte das Reich gemeinsam mit den Gemeinden und dem Staat mit Mitteln eingreifen. Diese wurden 1919 als variable und später feste Zuschüsse zur Verfügung gestellt, im Jahr 1920 werden es Baudarlehen sein, die vom Reich und den Gemeinden gegeben werden und an denen sich vielleicht auch der Staat noch in mäßigen Grenzen beteiligt. Im Jahre 1920 muß billiger gebaut werden als 1919, weil die Baupreise höher sind und die Darlehen nur bis zu der Grenze von 70 Quadratmeter, ausnahmsweise auch 80 Quadratmeter Wohnfläche gegeben werden. Als Wohnfläche ist die nutzbare Fläche der Küche und Zimmer samt Abort, Speisekammer und Bad und einem bestimmten Anteil des Treppenhauses im Einfamilienhaus anzunehmen. Alle Verhältnisse drängen nach baustoffsparenden Bauweisen.

Professor Sackur-Karlsruhe ging auf Lage, Grundriß und Aufbau des Klein-Wohnhauses ein und besprach zunächst eingehend die Minderausgaben, die aus einer vernünftigen Boden- und Straßenaufteilung, aus zweckentsprechender Ableitung der Küchen- und Abortabwässer erwachsen können. Bei der Durchbildung des Innern kann an Decken und Wänden durch Vereinfachung der Technik noch gespart werden. An Hand von Plänen wurden die Licht- und Schattenseiten der Grundrißbildung erläutert, ausgehend vom einfachsten Typ und übergehend zu reicheren Formen und auch zu neueren Versuchen, die aber aus gesundheitlichen Gründen vielfach angefeindet sind. Es wurden neben guten Beispielen auch schlechte gezeigt.

Aus dem Stadtkreise.

Beerdigung. Am Samstag nachmittag ½2 Uhr wurde hier der in Konstanz verstorbene Oberbetriebsinspektor Karl Schneider beerdigt. Die Trauerfeierlichkeiten nahm Stadtpfarrer Haungs von der Liebfrauenkirche vor. Im Namen des Vereins höherer Eisenbahnbeamten widmete Regierungsrat Eisele, namens des Stationsamts Konstanz Inspektor Scheid dem Verstorbenen ehrende Abschiedsworte. Durch Vorträge hatte der Kirchenchor der Südstadtpfarrei die Feier eingeleitet und beschlossen. Eine große Reihe von Kranzspenden und Beileidskundgebungen bezeugte, daß der Dahingegangene sich der Verehrung und Wertschätzung weiter Kreise erfreuen durfte.

Auszeichnung. Professor Voff am Reformgymnasium der Goetheschule, im Krieg Leutnant der Reserve im Feld-Art.-Regt. 261, wurde nachträglich „durch das Abwicklungsamt des früheren 14. A.-K., im Auftrag der Reichsregierung" das Eiserne Kreuz 1. Klasse verliehen.

In der nächsten Bürgerausschußsitzung am Dienstag, 30. März, nachmittags 4 Uhr, werden unter anderen Vorlagen jene über Wohnungssiedelung im Hardtwald und Aufnahme einer städtischen Anleihe beraten.

Die Bekanntmachung über Beschlagnahme und Ablieferung von Flachs wird zur Beachtung empfohlen.

Eine Untersuchung von Rangoonbohnen auf den Gehalt von Blausäure durch die Badische Lebensmittelprüfungsstation der Technischen Hochschule hatte folgendes Ergebnis: 100 Gramm Bohnen ergeben nach 24stündigem Einweichen mit 1% Weinsäurelösung Blausäure: Probe 1: Rangoonbohnen weiß 9,7, 2: 6,5, 3: 9,6, 4: 10,4, 5: 4,2, 6: 15,1, 7: 28,0, 8: 16,2, 9: 6,4, 10: 10,8, 11: 4,2, 12: 21,6, 13: 24,8, 14: 14,0, 15: 24,8, 16: 16,0, 17: 29,2, 18: 20,0, 19: Brasilianische Bohnen weiß 0,0, 20: 0,0, 21: Holländische Butterbohnen weiß 0,0 Milligramm Blausäure. Nach weiter angestellten Versuchen ergab sich, daß die Bohnen, wenn sie nicht zuvor in Wasser eingeweicht wurden, keine Blausäure enthielten; die Blausäure bildet sich erst in Berührung mit Wasser und ist die Folge einer enzymatischen Wirkung. Wurden die nach 24stündigem Stehen blausäurehaltig gewordenen Bohnen küchenmäßig gar gekocht, so war weder in der Kochbrühe, noch in den gekochten Bohnen Blausäure nachweisbar. Nachträglich entwickelte sich aus den gekochten Bohnen bei längeren Stehenlassen mit Wasser keine Blausäure mehr; durch Kochhitze wurde die blausäurebildende enzymatische Wirkung aufgehoben. Auch bei diesen Versuchen geht hervor, daß bei sachgemäßer Behandlung der Bohnen eine gesundheitsschädigende Wirkung nicht anzunehmen sein dürfte.

Die Fulderei, jene humorbegabte und humorbeflissene Vereinigung im Karlsruher Liederkranz, beging am Samstag ihr 73. Stiftungsfest, das wiederum in die Reihe der glänzend gelungenen Veranstaltungen gezählt werden darf. Wer jemals in den Kreis dieser sangeskundigen und improvisationsfrohen Schar geriet, der weiß, daß sich immer, wenn die Fulder zusammenkommen, ein buntbewegtes und vielfarbiges Bild entwickelt. Aber nicht nur dieser festliche und doch trauliche Rahmen ist es, der der Fulderei immer neue Anhänger wirbt, sondern auch die Darbietungen selbst, die stets, seien sie nun gesanglicher, deklamatorischer oder musikalischer Natur, die Note der künstlerischen Gediegenheit erstreben. So dokumentiert auch dieser Samstag Abend mit seinen 28 verschiedenen Nummern aus den verschiedensten Gebieten schon äußerlich die Fülle und Möglichkeiten, die es der Fulderei gestatten, auch ganz Verwöhnte zu befriedigen. Zunächst gab es wieder einen der bekannten feierlichen Einzüge der „Drei", die im Fulderreiche so frohgemut das Zepter zu schwingen wissen. Stimmung erzeugte sofort die Ansprache von Sultan (Hebeisen), der die Fulderei hoch leben ließ, was natürlich lebhaften Beifall fand. An der Abwicklung des Programms waren das Fulderquartett (Häckel, Lorenz, Semaphor, Nelusko), ferner die Fulder und Fulderinnen Sultan, Kühn, Bodfeld, Haumesser, Heinz, Oettering und Weidner beteiligt. Alle hatten sich des stärksten Beifalls zu erfreuen. Selbstverständlich war das auch bei den Mitwirkenden des Landestheaters der Fall, nämlich Frl. Friedrich und Herrn Norden, die in einzelnen und gemeinsamen Vorträgen das Publikum ergötzten. Die Beliebtheit der beiden Kräfte läßt sie immer leicht siegen. Chormeister Cassimir (Tristan) wußte als Begleiter wieder trefflich abzuschneiden. Als Meister der Ballmusik erwies sich aufs neue Obermusikmeister Bernhagen mit der Kapelle des Reichswehrschützenregiments 113, die es schwer machte, sich mit der Polizeistunde abzufinden. Die Teilnehmer an der jüngsten Veranstaltung im Fuldischen Reich waren wie jene an früheren wieder hoch befriedigt, ein deutlicher Beweis für das ausgezeichnete Arrangiertalent der „Drei" und das hervorragende Können aller Mitwirkenden.

Veranstaltungen.

Vortrag. Auf den heute nachmittag stattfindenden Vortrag von Frl. Dr. Rohde sei nochmals hingewiesen. An den letzten Vortrag über „die verschiedenen Formen unseres Wirtschaftslebens" schloß sich eine angeregte Aussprache, und wir hoffen, daß auch das so hochwichtige Thema der beiden nächsten Vorträge über „das Preisproblem", „die Geld- und Valutafrage" der lebhaften Teilnahme der Hausfrauen begegnen wird.

Welt-Panorama. Passage 38. Zurzeit wird die Hochgebirgswelt der „Jungfrau" gezeigt. Unter anderem sieht man die Orte: Lauterbrunnen, Grindelwald, Mürren usw.

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 20. März: Kath. Kober, alt 67 Jahre, Ehefrau des Landwirts Stefan Kober; Theresia Räuber, alt 68 Jahre, Witwe des Assistenten Max Räuber; Leonhard Ruchser, Landwirt, Ehemann, alt 72 Jahre; Hirsch Leib, alt 1 Jahr 1 Monat 4 Tage, Vater Chil Haller, Kaufmann; Karol. Frank, alt 47 Jahre, Ehefrau des Viehhändlers Sigmund Frank. — 21. März: Friederike Dehn, ledig, alt 71 Jahre; Wilh. Ripp, Maurer, Ehemann, alt 45 Jahre; Kath. Rahäuser, alt 64 Jahre, Witwe des Geometers Christian Rahäuser; Luise, alt 1 Tag, Vater Phil. Klein, Säger. — 22. März: Susanna Münch, alt 75 Jahre, Witwe des Landwirts Wilh. Münch; Paula Schnurr, Filialleiterin, ledig, alt 30 Jahre.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Dienstag, den 23. März. ½12 Uhr: Emma Ruffler, Hauptl.-Ehefrau, Haizingerstraße 18. — 12 Uhr: Max Kolsche, Betr.-Assistent, Kaiserstraße 5. — ½2 Uhr: Jakob Liebhauser, Dreher, Gottesauerstraße 31. — 2 Uhr: Johannes Schwammberger, Masch.-Former, Humboldtstraße 28. — ½3 Uhr: Theresia Räuber, Kanzleiassist.-Witwe, Bismarckstraße 35. — 3 Uhr: Friederike Dehn, Kinderfräulein, Schützenstraße 37. — ¼4 Uhr: Kath. Rahäuser, Geometers-Witwe, Gottesauerstraße 9.

Schule und Kirche.

Die Aushändigung der Reichsverfassung an die Schüler.

Nach Artikel 148 Absatz 3 Satz 2 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 ist jedem Schüler bei Beendigung der Schulpflicht ein Abdruck der Verfassung auszuhändigen. Das Reichsministerium des Innern in Berlin hat dem badischen Unterrichtsministerium die erforderliche Zahl von Abdrucken zur Verfügung gestellt.

Die Aushändigung an die Schüler und Schülerinnen geschieht durch die Klassenlehrer in feierlicher Weise. Auf die Taschen, die mit den Abdrucken der Verfassung zur Versendung kommen, wird durch die Lehrer der Name der Schüler(innen) geschrieben. In den Abgangszeugnissen der abgehenden Volksschüler(innen) wird die erfolgte Aushändigung des Abdrucks der Verfassung vermerkt.

Die Zeugnisse über die wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst.

Im Anschluß an eine Verfügung des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird bestimmt, daß die Ausstellung von Zeugnissen über wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst neben den Zeugnissen über die Versetzung nach Klasse O II künftig nicht mehr stattzufinden hat.

Für Schüler, bei denen die Erteilung des Befähigungszeugnisses auf Ostern 1920 in Betracht kommt, verbleibt es letztmals für diesen Termin bei den bisherigen Bestimmungen.

Tageszeiger.

Näheres siehe unter Anzeigenteil zu ersehen

Dienstag, den 23. März 1920.

Bad. Landestheater. „Der Freischütz", Anfang 7 Uhr.
Colosseum, Waldstr. Vorstellung, abds. ½8 Uhr.
Eintrachtsaal. Klavierabend Hoehn, abds. 8 Uhr.
Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verein. Außerordentl. Mitgliederversammlung im Moninger, abends 7 Uhr.
Hausfrauenbund. Vortrag im „Schlößle", nachmittags 5 Uhr.

Vom Wetter.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Auf Grund land- und funkentelegraphischer Meldungen
Beobachtungen vom Montag 22. März 1920
8 Uhr morgens (MEZ.)

Ort	Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Wind Richtg.	Wind Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std
Hamburg	770,4	6	NW	schwach	heiter	—
Königsberg	—	—	—	—	—	—
Berlin	770,2	7	WNW	mäßig	heiter	—
Frankfurt	—	—	—	—	—	—
München	770,6	5	W	schwach	heiter	—
Kopenhagen	—	—	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—	—	—
Havaranda	—	—	—	—	—	—
Bodö	—	—	—	—	—	—
Paris	770,6	3	still	—	heiter	—
Marseille	765,4	7	SSO	schwach	—	—
Zürich	—	—	—	—	—	—
Wien	—	—	—	—	—	—

Beobachtungen badischer Wetterstellen (7h morgens)
Karlsruhe Seehöhe 127 m

Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Geur. Höchst-Wärm.	Nieder. Temp. nachts	Wind Richtg.	Wind Stärke	Wetter	Niederschläge mm
771 3	1	13	0	O	schwach	wolkig	—
Feldbergerhof (Schw.) Seehöhe 1281 m							
658,1	2	8	0	NO	schwach	wolkig	—
Königstuhl Seehöhe 563 m							
770,3	4	10	4	SO	schwach	bedeckt	—
St. Blasien Seehöhe 780 m							
—	-2	12	-3	—	stille	wolkig	—
Baden-Baden Seehöhe 213 m.							
770,1	2	14	1	NO	schwach	heiter	—

Allgemeine Witterungsübersicht

Das westliche Hochdruckgebiet hat uns auch gestern meist heiteres und in den Nachmittagsstunden mildes Wetter gebracht. Die Temperaturen erhoben sich vielfach bis 14 Grad. Ein im Norden Europas vorüberziehendes Tiefdruckgebiet ruft heute wieder leichte Bewölkung hervor, in Norddeutschland herrscht unter seinem Einfluß kühle, trübe Witterung. Das jetzt über Westdeutschland liegende Hochdruckgebiet bringt auch morgen trockene, meist heitere Witterung.

Voraussichtliche Witterung bis Dienstag, 23. März, nachts: Meist heiter, trocken, nach kalter Nacht am Tage mäßig warm, leichte östliche Winde.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	22. März		21. März
Schusterinsel	1,25 m		1,35 m
Kehl	2,41 m		2,44 m
Maxau	4,18 m		4,22 m
"	— m	mittags 12 Uhr	4,23 m
"	— m	abends 6 Uhr	4,24 m
Mannheim	3,35 m		3,37 m

Wanzen, Käfer, Ratten, Mäuse etc.
beseitigt mit sicherem Erfolg u. mäßiger Berechnung
die Ungeziefer-Vertilgungs-Anstalt
Friedrich Springer
Karlsruhe Markgrafenstr. 52 Telephon 3263.
Abonnement für Hausbesitzer unter günstigen Bedingungen.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung des Karlsruher Tagblattes

Zur Lage im Holzgewerbe.

Vor wenigen Tagen fand in Karlsruhe eine außerordentliche Generalversammlung des Vereins von Holzinteressenten Südwestdeutschlands statt, die sich zunächst mit der Frage der Anpassung der Verkaufsbedingungen im Holzhandelsverkehr an die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse befaßte. Es wurde beschlossen, zur Beseitigung der Kreditwirtschaft die Barzahlung allgemein einzuführen.

Eingehend erörtert wurden die Verhältnisse auf dem Rundholzmarkt, wobei besonders gegen die hohen Holzpreise und die Unzulänglichkeit in der Bedarfsdeckung der Sägewerke Stellung genommen wurde.

In einer Entschließung kam zum Ausdruck, daß eine Zwangswirtschaft für Holz im landläufigen Sinne nicht möglich ist und daher abgelehnt wird. Jedoch seien Maßnahmen zur Versorgung der Sägeindustrie mit Rundholz durch freihändige Zuweisungen erforderlich. Die Holzpreise sollen zwischen dem Waldbesitz und der Vertretung der Holzindustrie vereinbart werden. Die Versammlung sprach sich ferner dahin aus, daß die uferlose Brennholzaufbereitung aufzuhören habe. Schließlich beschäftigte man sich noch mit der Siedelungsanlage im Hagenschießwald bei Pforzheim, wobei zum Ausdruck kam, daß hierbei auf die berechtigten Interessen der Waldwirtschaft und der Sägeindustrie nicht genügend Rücksicht genommen werde.

Gegen den Ausverkauf Deutschlands

wendet sich folgende uns zugegangene Einsendung:

Die „Frankf. Ztg." hat kürzlich festgestellt, daß Ausfuhr-Erlaubnisscheine in Exportstädten ohne weiteres gehandelt werden, und daß dies allgemein bekannt sei. Sie wundert sich dabei, daß dies die Polizei-, Zoll- u. sonstigen Ueberwachungsbeamten nicht wissen. Genau so muß man sich über die Harmlosigkeit der Regierungsverbote wundern, wenn man, wie ich, in den letzten Wochen in den an der Schweizer Grenze gelegenen Städten reiste. Man braucht nicht einmal besonders aufzupassen, man hört auf der Straße, in Hotels und Wirtschaften so viel und man sieht, wie die Schweizer Bevölkerung, Schweizer Bahnbeamte in Uniform tagaus tagein die größten Päcke deutscher Waren hinüberschleppen; man sieht, wie Eier ganz ungeniert für 60 Centimes verhandelt werden, man hört, daß Leder waggonweise verschoben wird. Aber all das scheint den Behörden unbekannt zu sein, und man läßt die In- und Ausländer, mit wie viel Galiziern und anderen östlichen Ausländern mußte ich nicht in diesen Tagen unter einem Dache zusammen sein, ruhig weiter schieben. Einige derbe Zugriffe, wir haben ja jetzt Wuchergerichte, sofortige Entlassung überführter Beamten, Ausweisung fremder Eisenbahnbeamter, sind doch Mittel, die sicher einige Zeit wirken. Werden sie absichtlich nicht angewandt? Die Riesengewinne der Zwischenhändler usw. kommen doch für die Allgemeinheit gar nicht in Betracht, nicht einmal für die Steuer, denn da keine Bücher geführt werden, wird wohl auch keine Steuer gezahlt werden. Es gibt übrigens sicher auch heute noch ein paar Noske-Truppen, die gut geführt, durchgreifen würden.

Die Lage des Arbeitsmarktes

hat sich in der Woche vom 8. bis 14. März wieder etwas verschlechtert. Die Zahl der Erwerbslosen ist um rund 50 gestiegen und beträgt jetzt wieder 5356, gegenüber 5310 in der Vorwoche, weibliche Arbeitslose sind noch 917 vorhanden. Vor allem dürfte die Notlage im Nahrungsmittelgewerbe besonders zur Verschlechterung der allgemeinen Lage beigetragen haben.

Die Lage in der Land- und Forstwirtschaft, in der Metall- und Maschinenindustrie, der Industrie der Steine und Erden, der Holzindustrie und im Baugewerbe ist nach wie vor günstig, Arbeitskräfte können stets in größerer Zahl untergebracht werden. Auch das Handelsgewerbe ist gut beschäftigt, nur das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe ist, wie erwähnt, sehr schlecht daran, und eine durchgreifende Besserung dürfte hier wohl erst mit einer erhöhten Einfuhr von Lebensmitteln eintreten. Das Vervielfältigungsgewerbe ist ebenfalls schlecht beschäftigt, hinzu kam der Buchdruckerstreik vom 15. bis 19. ds. einschließlich.

Betriebseinschränkungen und Schließungen wurden in der Berichtswoche nicht vorgenommen, doch steht wegen Mehl- und Kohlenmangels eine Einschränkung bei der Bäckerinnung in Freiburg mit 70 Arbeitern bevor. Durch Wiedereröffnung zweier Betriebe konnten wieder rund 100 Arbeitskräfte eingestellt werden.

Erwerbslosenunterstützungen wurden im Bereiche der Landesstelle für Arbeitsvermittlung in der Berichtswoche 282 402 Mk., in der Vorwoche Mark 211 987 ausbezahlt, für Arbeitszeitverkürzung Mk. 104 308.

Mit Notstandsarbeiten waren in der Berichtswoche noch 3734 Erwerbslose beschäftigt, denen in der Vorwoche 3810 gegenüberstehen.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Frankfurter Börse.

W. **Frankfurt a. M.**, 22. März. Die siebentägige werktägige Einstellung des Börsenverkehrs brachte in geschäftlicher Beziehung nur geringe Abschlüsse zustande, da sich, soweit zu erfahren war, die hiesigen Bankinstitute mehr oder weniger nur gering an den Geschäften beteiligten und das Angebot, das während der börsenlosen Zeit vorlag, schlanke Aufnahme fand. Beruhigend wirkte heute die bessere Auffassung der Börsenlage. Selbst heimische Industriewerte konnten sich im Kurse erhöhen. Auch Schiffahrtsaktien verbesserten ihre Kurse. Lombarden fester. Schantungbahn 10 Proz. niedriger. Canada schwankten. Kolonialaktien höher, Montanaktien sind bei einiger Nachfrage fester. Eine Ausnahme machen nur Phönix, die im Kurse nachließen und 32 Proz. verloren, während Buderus, Gelsenkirchen und Harpener 10 Proz. gewannen. Heimische Anleihen konnten sich ziemlich behaupten. Kriegsanleihe mit 80 unverändert. Am Kassa-Industriemarkt war die Haltung schwach. Die Börse schloß in befestigter Haltung. Privatdiskont 4⅛ Prozent.

Dienstag, 23. März, findet im Anschluß an den Berliner Markt auch hier ein Börsenverkehr statt.

Frankfurter Kursnotierungen.

	12. März	22. März		12. März	22. März
Badische Bank	—.—	—.—	Chem. Fab. Mannh.	—.—	—.—
Darmstädt. Bank	142.—	140.—	Dout. Uebersee	1390.—	1385.—
Deutsche Bank	295.—	290.—	Ge r. Junghans	—.—	—.—
Disk. Commandit	220.—	—.—	Adler & Oppenh.	925.—	900.—
Dresdener Bank	178.—	175.—	B. Masch. Badeni	—.—	—.—
Oesterr. Länderb	121.—	120.—	Mechfab. Durlach	—.—	329.—
Rhein. Creditbank	137.—	137.—	Mschfab. Gritzner	390.—	390.—
Schaaffh. Bankv.	—.—	—.—	Haid & Neu	—.—	—.—
Südd. Disk.-Ges.	166.50	160.—	Maschfabr. Karlsr.	320.—	298.—
Wiener Bankver.	93.50	97.30	Schlinck & Co.	—.—	—.—
Ottomanbank	—.—	—.—	Oberursel	362.—	360.—
Bochumer Gußst	355.—	355.—	Els. Baumwolle	—.—	191.—
Gelsenkirchen	355.50	362.—	Spinnerei Ettling.	—.—	—.—
Harpener	380.—	379.50	Uhrenfab. Furtw.	—.—	—.—
Laurahütte	—.—	—.—	wagg.-Fab. Fuchs	400.—	410.—
Mannh. Vers.-Ges.	—.—	—.—	Zellstoff Waldhof	300.—	308.—
Aschaff. Zellstoff	520.	520.—	Zuckerfab. Wagh.	510.—	493.—
Grün & Bilfinger	—.—	—.—	Zuckerf. Frankent	570.—	580.—
Zement Heidelb.	277.—	269.—			

Berliner Börse.

Der Börsenvorstand beschloß, wegen der bestehenden Verkehrsschwierigkeiten am Dienstag die Fonds- und Produktenbörse ausfallen zu lassen. Auch finden keine Metallnotierungen statt. Ueber die Wiederaufnahme des Börsenverkehrs wird der Börsenvorstand heute beschließen. Devisen werden heute in der Handelskammer notiert, aber keine Noten.

Vom Devisenmarkt.

w. **Frankfurt**, 22. März.

	15. März Geld:	15. März Brief:	22. März. Geld:	22. März. Brief:
Antwerpen-Brüssel	564.50	565.50	602.—	603.—
Holland	2437.50	2492.50	2937.—	2943.—
London	269.75	270.25	305.70	306.30
Paris	558.50	559.50	584.50	585.50
Schweiz	1246.25	1248.75	1383.50	1386.50
Spanien	—.—	—.—	—.—	—.—
Italien	419.50	420.50	419.50	420.50
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	1233.75	1235.25	1418.—	1419.—
Norwegen	1233.75	1301.25	1418.50	1421.50
Schweden	1488.50	1491.50	1622.50	1625.50
Helsingfors	379.50	380.50	429.50	430.50
Newyork	7192.50	7207.50	8090.—	8110.—
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterreich	34.20	34.30	36.45	36.55
Budapest	29.70	29.80	—.—	—.—
Prag	87.90	88.10	104.40	104.60

w. **Berlin**, 22. März.

	15. März Geld	15. März Brief	22. März. Geld:	22. März. Brief:
Amsterdam-Rotterdam	2597.50	2602.50	2947.—	2953.—
Brüssel-Antwerpen	574.50	575.50	814.40	815.60
Christiania	1223.75	1231.25	1393.50	1401.50
Kopenhagen	1228.75	1231.25	1393.50	1391.50
Stockholm	1448.50	1451.50	1508.50	1511.75
Helsingfors	389.50	390.50	434.50	435.50
Italien	409.60	410.40	—.—	—.—
London	270.70	271.30	302.20	302.80
Newyork	72.90	73.10	80.90	81.10
Paris	574.40	575.60	588.40	590.60
Schweiz	1253.75	1256.25	1373.50	1376.50
Spanien	1323.50	1326.50	1388.50	1401.50
Wien (altes)	36.46	36.54	36.46	36.54
Wien (D. oesterr. abg.)	36.96	37.04	37.96	38.04
Prag	89.90	90.10	100.40	100.60
Budapest	31.46	31.54	—.—	—.—

w. **Zürich**, 22 März.

	20. März	22. März		20. März	22. März
Deutschland	7.40	7.10	Italien	31.—	30.14
Wien	2.65	2.55	Brüssel	44.10	44.—
Prag	7.85	7.75	Kopenhagen	101.—	103.—
Holland	2.13½	2.13½	Stockholm	119.50	121.—
Newyork	5.79	5.83	Christiania	104.—	103.—
London	22.25	22.10	Madrid	102.50	102.25
Paris	42.35	42.—	Buenos Aires	250.—	250.—

Industrien.

Linoleumfabrik Maximiliansau a. Rh. Erst nach Friedensschluß konnten die Vorbereitungen für die Wiederaufnahme des Betriebes beginnen, nachdem schon vorher die gesamten Fabrikanlagen einer gründlichen Durchsicht unterzogen waren. Die zurückkehrenden früheren Arbeiter einschließlich der Kriegsgefangenen wurden nach und nach ihrer Tätigkeit wieder zugeführt. Neues Linoleum wurde zeitig genug fertiggestellt, um noch vor Ende des Berichtsjahres die Lieferung aufnehmen zu können. Wenn die Beschaffungsschwierigkeiten der aus dem Auslande kommenden Rohmaterialien und die schwierigen Kohlen- und Transportverhältnisse nicht einen Strich durch die Rechnung machen, darf eine befriedigende Entwicklung, auch des Auslandsgeschäftes, erwartet werden. Der Reingewinn des abgelaufenen Geschäftsjahres (einschließlich Vortrag aus 1918) beziffert sich auf Mk. 517 030.13, dessen Verwendung wie folgt vorgeschlagen wird: Steuerrücklage Mk. 47 500, 8 Proz. Dividende Mk. 160 000, Tantieme des Aufsichtsrates Mk. 11 500, Vortrag auf neue Rechnung Mk. 298 030.13. Die Generalversammlung findet am 26. März in Karlsruhe im Gebäude der Rhein. Creditbank statt.

Stimmen aus dem Publikum.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Eierversorgung der Kranken und Wöchnerinnen.

Wie der Mitteilung des Städt. Nachrichtenamtes in Nr. 77 des „Tagblatts" zu entnehmen ist, findet die Ablieferung der Eierabgabe. Hierzu möchte ich als Hühnerzüchter in der Stadt bemerken, daß auch ich eine Aufforderung vom Nahrungsmittelamt zur Abgabe von Eiern erhalten habe. Auch würde ich schon längst meine Anzahl Eier abgeliefert haben, aber für 60 Pfg. ist mir das unmöglich. Ich führe über meine Einnahmen und Ausgaben meiner Hühnerzucht genau Buch und habe festgestellt, daß mich jedes Ei auf 1,70 ℳ zu stehen kommt. Wie kann man da von mir verlangen, daß ich die Eier für 60 Pfg. abgeben soll? Zahlt mir der Kommunalverband 1,50 ℳ pro Ei, dann will ich gern im Interesse der Kranken die übrigen 20 Pfg. verschmerzen. Merkwürdig, daß man nach fast 6 Kriegsjahren immer noch nicht bereit, daß man unter den Erzeugungskosten nicht verkaufen kann.

Zuckooh Crême

die gute, hautverjüngende Zuckooh-Crême, neben Zuckooh-Elite-Crême das weitaus Beste für Gesicht und Hände!

Käfer (Schwaben sowie Russen) sind sehr ekelerregend und verseuchen die Räume alsbald aufs Unerträglichste. Man lasse diese abscheuliche Ungeziefer jetzt schon vor der Brutzeit durch das leistungsfähigste Unternehmen **D. V. G. U. Anton Springer, nur Ettlingerstraße 51, Telephon 2340,** vertilgen.

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Vor der neuen Steuer!
Aeußerst preiswertes Angebot in **Zigarren, Zigarillos** und **Schweizer-Stumpen:**
Zigarillos: je 100 Stück à Mk. 55.—, 62.—.
Schweizer-Stumpen: 200 Stück Ia Ringware, per Mille Mk. 650.—.
Ia Zigarren: 1/10 und 1/20 Packung: je 200 Stück à Mk. 900.—, 1150.—, 1380.— pr. Mille
Zusammen **1000 Stück** inkl. Versandspesen per Wertnachnahme **franko Mk. 940.—.**
Einzelmuster und andere Zusammenstellungen können nicht abgegeben werden.
Ferner offeriere: **Ia Rauchtabak** rein überseeischer Mittelschnitt, per Pfund Mk. 27.— und 29.—.
Versand in 5 Kilo-Paketen, per Wertnachnahme.
Bruno Urban, Dresden A 5, Friedrichstraße 40.
Fernruf 17327. — Telegramme: Tabakurban.

Landschaftsgärtnerei und Gartenarchitektur
Hermann Thiele
früher Straßburg i. E.
Bismarckstr. 25 I. **Karlsruhe i. B.** Bismarckstr. 25 I.
Ausführung einfacher sowie feinster, moderner Gartenanlagen,
Umarbeitung und Instandhaltung von kleinen und großen Haus- u. Villengärten.
Angemessene Preise bei prompter, reeller u. fachgemäßer Bedienung.

Regenschirme sehr preiswert empfiehlt **Franz Dornheim** Schützenstr. 38
Eigene Reparaturwerkstätte.

500 Mark Belohnung.
Sonntag nacht wurde in meiner Sägerei, Schlachthausstraße, eingebrochen und dabei ein Elektro-Motor, Fabrikat Elektra, 2,7 PS, gestohlen. Angaben, welche zur Ermittlung der Täter führen, erbeten
Carl Finkelstein
Rüppurrerstraße 8. Telephon 5113.

Karl Hafner
Schreib-Maschinen-Reparatur-Werkstätte für sämtliche Systeme
Prompteste Bedienung — Billige Preise
Karlsruhe i. B. Amalienstr. 51 — Telefon 2127

Bester Schutz für Aussaat.
Propeller-Vogelscheuchen
empfiehlt
Reinhold Andree, Gewehrfabrik, Karlsruhe, Waldstraße 4. Tel. 5298.

Kupferne Wasserschiffe
liefert bestens
Wilhelm Weiß, Karlsruhe Stein-14

Täglich eintreffend große Sendungen frische **Seefische** bei **Carl Pfefferle** Erbprinzenstr. 23.

Rucksäcke Schulranzen Schultaschen Reisetaschen Sporttaschen Damentaschen
feine Lederwaren sowie Artikel in Kunstleder u. Segeltuch
Kofferhaus Geschw. Lämmle 51 Kronenstraße 51.

Der schönste Schmuck für Veranden, Balkons, Fensterbretter sind unstreitig meine **Gebirgs-Hängenelken** Prosp. grat. u. fr. Versand überallh. **Ludwig Eibl,** Spezial-Hängenelken-Züchterei **Traunstein 17.** Oberb.

Hausierer kauft den Bedarf im **Engros-Haus S. Rosenthal** Waldstraße 40c oder Kronenstraße 47.

Freundschaftl. Anschluß sucht junge, gebild. lebenslustige Dame an gleichgesinnte zw. Ausflüge, Konzerte, Theaterbesuche. Ang. u. Nr. 9401 ins Tagblatt. erb.

H. Bieler, Parfumerie Karlsruhe, Kaiserstr. 223.
Zugreifen! Dr. Jonson's **Sahne Rasierseife** eingetroffen. Rund in Stang. v. St. Mk. 4.—, Dtzd. 48.— Mk. fr. Versand geg. Nachn. od. Voreinsendung durch Universal Versand **H. Hortig** Mailens B. 20. Obfr.

Packer-Vereinigung Karlsruhe.
Möbeltransporte mit Möbelwagen und Rolle werden fortwährend angenommen unter persönlicher Leitung.
Spezialität: Flügel, Klaviere, Kassenschränke sowie Verpacken von Glas, Porzellan und Kunstgegenständen jeder Art. Weitgehendste Garantie wird zugesichert.
Ludwig Glaser Möbeltransport-Geschäft, Kronenstraße 46. Telephon 5748.

Todes-Anzeige.

Heute nachmittag ½3 Uhr verschied nach langem Leiden im Alter von 70 Jahren unser lieber Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Theodor Walz
Privat.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. März, nachmittags ½3 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Karlsruhe, 22. März 1920.

Trauerhaus: Kaiserstraße 122.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Rudolf Walz, Denver.
Karl Walz, Privat, Kehl.
Adolf Walz, Metzgermeister, Kehl.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, die uns anläßlich des Heimganges unseres lieben Gatten und Vaters so wohltuende Beweise ihrer Teilnahme erwiesen haben, sagen wir herzlichen Dank.

Frau **Johanna Gräff**
und **Familie.**

Trauer-Hüte
in jeder Preislage stets vorrätig.
Geschw. Gutmann Ecke Kaiser u. Waldstr.

Ia Rotkleesamen
seidefrei, p. Pfd. ℳ 20.— bei mehr bill., evtl. ganzer Rest von etwa 300 Kilogramm abzugeben.
Hugo Muckle, Gemmingen in Baden. Telephon 14.